

einem kleinen Buch zusammen, das jetzt ins Deutsche übersetzt wurde. Viel Zeitkolorit klingt an, auch der christliche Impetus der Autorin. Das Buch ist fast wie ein Roman geschrieben, die Darstellungsweise ist dialogisch, der Aufbau dramatisch. Quellenkritik ist also vonnöten (die Anmerkungen der Herausgeber sind dazu zu spärlich ausgefallen), und doch liegt hier eine wichtige alltagsgeschichtliche Quelle vor. Ein kleines Beispiel: Die zahlreichen Ukrainer in Goslar, die zu Bahnarbeiten eingesetzt worden waren, hatten nicht nur Angst vor den Deutschen, sondern mehr noch Furcht vor den Russen, was sie mit wilden antisowjetischen Anschuldigungen bekundeten. Alles Zureden der Helfer hatte keinen Sinn, alle Argumente zerschellten. McNeill wurde eines Tages von dem Ukrainer Klymischenko gefragt: ›Sagen Sie mir, wieviele Freunde haben Sie?‹ Ich schaute ihn verwundert an. ›Keine Ahnung‹, sagte ich. ›Nun, dann lassen Sie es uns anders formulieren. Sagen wir, es gibt vielleicht hundert Menschen auf der Welt, Ihre Verwandten, Ihre Schulfreunde, Ihre Kollegen, die Sie gut kennen und lieben?‹ ›Oh, ja.‹ ›Und wieviele von ihnen‹, fuhr Herr Klymischenko fort, indem er mich beinahe beängstigend direkt anschaute, ›sind entweder umgebracht worden oder einfach verschwunden, ohne eine Spur zu hinterlassen?‹ ›Niemand‹, murmelte ich. Er warf mir einen eigenartigen, freundlichen Blick zu. ›Es ist sehr schwer für Sie zu verstehen‹, sagte er nur (S. 68).

In einigen Briefen, die im Anhang abgedruckt sind, beschreibt die Autorin auch das Verhältnis der Deutschen zu den Displaced Persons. Das Nachwort der Herausgeber ist zu knapp; ein einleitender Essay über die wichtigen Forschungen der letzten Jahre wäre angezeigt gewesen; so aber wird nur auf eine einzige Arbeit hingewiesen. Am 30. Juni 1950 nahm übrigens die deutsche Bundesregierung vom Begriff Displaced Person Abschied; man sprach nun von »heimatlosen Ausländern«. Was so harmlos daherkam, hatte weitreichende Konsequenzen: Mit diesem Begriffswandel wurde die deutsche Verantwortung für das »DP-Problem« negiert; die Weichen waren gestellt für eine Ablehnung von Wiedergutmachungsforderungen; den Menschen wurde ihr Opferstatus aberkannt.

*Edgar Wolfrum, Berlin*

Dietmar Hüser, Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1996, 791 S., kart., 68 DM.

Der Autor untersucht die französische Deutschlandpolitik unter dem Gesichtspunkt einer stark ausgeprägten Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik. Sein Ansatz legitimiert sich aus der Historie, wie entsprechende Bemerkungen von Außenminister Robert Schuman im Februar 1949 gegenüber Peter Altmeier, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (S. 288) und die Beratungen auf der Ebene des comité interministériel belegen (S. 475). Hüser untersucht minutiös die deutschlandpolitischen Konzeptionen verschiedener Entscheidungs- und Planungsebenen in Paris, ebenso die Instruktionen und anschließend ihre deutschland- und besatzungspolitische Realisation. Dabei stützt er sich auf eine ebenso sorgfältige wie umfangreiche Auswertung der Unterlagen aus elf französischen Archiven, zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften sowie der zeitgenössischen französischen Publizistik. Die umfangreichen Archivarbeiten haben sich gelohnt, stellen Hüser's Ergebnisse doch das traditionelle Bild der französischen Deutschlandpolitik begründet in Frage. Zugleich belegen sie den Lernprozeß der Verantwortlichen gegenüber 1918.

Hüser analysiert das sowohl in der Forschung wie auch in der zeitgenössischen Erinnerung vorherrschende Bild einer eher destruktiven, Deutschland bewußt schwächenden Haltung aus der politischen, sozio-ökonomischen und psychologischen Krisenzuspitzung im Frankreich der frühen Nachkriegsjahre. Ein nach 1944 stark germanophobes öffentliches Klima verlangte nach Revanche. Die offizielle französische Deutschlandpolitik mußte diese Stimmung berücksichtigen; zugleich wurde aus innen- und außenpolitischen Motiven die germanophobe Stimmung der Bevölkerung instrumentalisiert. Die französische Deutschlandpolitik, offiziell formelhaft und extrem in ihren Positionen, zugleich aber auch flexibel interpretierbar, befriedigte und bestärkte im Sinne moralischer Wiederaufrichtung die öffentlich virulente Germanophobie. Der Komplex, keine »grande nation« mehr zu sein, die Wirtschaftsmisere sowie Hunger und Kälte im eigenen Land bildeten dafür die Grundlage. So wünschten im September 1944 ca. 60 Prozent der Franzosen die Deportation von Deutschen in die Sowjetunion. Insbesondere für den Tripartismus bildete die öffentlich bekundete Germanophobie nicht nur Konsens, sondern letztlich »Regierungskitt« (S. 641). Die Zerstückelung Deutschlands und die Abtretung von Rhein und Ruhr wurden von breiten Mehrheiten der Bevölkerung erwartet und gefordert. Nachrichten über Tote beim Wegräumen deutscher Minen, die Rückkehr von zwei Millionen französischen Gefangenen und Deportierten, Serien in den Tageszeitungen zu Naziverbrechen und Berichte über das besetzte Deutschland, wonach es den Berlinern besser gehe als den Parisern, erhärteten die offizielle französische Deutschlandpolitik.

Die Analyse der deutschlandpolitischen Konzeptionen und Instruktionen zeigt jedoch Widersprüche zwischen öffentlicher Verlautbarung und interner Planung. Hüser spricht deshalb von der »doppelten Deutschlandpolitik«, einer Politik der Widersprüche. So zeigt die Auswertung der Archive, daß offiziell die Annexion der Saar gefordert wurde, die entsprechende Verlautbarung aber von De Gaulle weder verfaßt noch unterzeichnet wurde – vielmehr widerspricht sie der persönlich von ihm signierten Saardirektive vom 25. 8. 1945. Die Herauslösung des Saarlandes aus dem Bereich des Alliierten Kontrollrates mit der anschließenden Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich diene als Kompensation für die erfolglos geforderte Abtrennung von Rhein und Ruhr.

Im Zentrum der französischen Deutschlandpolitik stand die Ruhrfrage. Es ging inoffiziell weniger um die Abtrennung des Ruhrgebietes als um die Sicherung der Kohle für die französische Wirtschaft. Außenminister Georges Bidault waren wirksame Kontroll- und Einflußmöglichkeiten auf die deutsche Industrie besonders wichtig. Vorrangig waren wirtschaftliche Überlegungen; kamen doch 1930 zwei Drittel der nach Frankreich importierten Kohle aus dem Ruhrgebiet. Auch der Schuman-Plan stand in Kontinuität zu diesen Überlegungen. Hüser charakterisiert ihn als nationalpolitischen Problemlösungsversuch unter französischer Federführung, um die deutsche Schwerindustrie zu kontrollieren und der französischen Wirtschaft endlich einen Modernisierungsimpuls zu verleihen – ein Ziel, das bereits seit Anfang der 1940er Jahre zum Kern der deutschlandpolitischen Konzeptionen gehörte (S. 291–295). Wenn schon eine wirtschaftliche Überlegenheit angesichts des entfachten Kalten Krieges mehr und mehr fragwürdig erschien, so galt es nun erst recht die politische Nummer Eins auf dem Kontinent zu werden. Hüser weist eine größere Übereinstimmung und Kontinuität zwischen De Gaulle, Bidault, Schuman und Monnet nach als bisher angenommen, zugleich relativiert er die mit dem Schuman-Plan gesetzte Zäsur der französischen Deutschlandpolitik. Das heterogene Bild der französischen Besatzungspolitik sieht Hüser nicht ursächlich im Kontext verschiedener Entscheidungsebenen und einer Vielzahl konkurrierender Zuständigkeiten, sondern primär als Ergebnis der doppelten Deutschlandpolitik der Pariser Ebene. Den Stellenwert unterschiedlicher politischer Standpunkte setzt er wesentlich geringer an; er wendet sich damit gegen den von Edgar Wolfrum vertretenen Dualismus zwischen dem Gaullisten Koenig und dem Sozialisten Laffon (S. 514 f., S. 576).

Auch dem negativen Bild der französischen Besatzungspolitik in der kollektiven Erinnerung widmet sich der Autor. Er weist auf die bereits vor Beginn der Besetzung latenten Ängste der deutschen Bevölkerung hin. Eine Ursache dafür lag in den schlechten Erfahrungen mit französischen Soldaten aus Nordafrika nach dem Ersten Weltkrieg. Dazu kam das Bewußtsein, deutsche Exzesse gegenüber Franzosen würden nun gerächt werden. Verstärkt wurde diese Stimmung durch amerikanische Besatzungstruppen und ihre Aussagen über die an ihre Stelle tretenden Franzosen (S. 560 f.)

Die fast 800 Seiten starke Studie markiert eine Zäsur innerhalb der Erforschung der französischen Deutschlandpolitik. Sie wird provozieren, weil sie traditionelles Handbuchwissen in Frage stellt. Sie zeigt den Autor als profunden Frankreichkenner mit detaillierten Kenntnissen auch der französischen Innenpolitik. Eindrucksvoll arbeitet er zentrale öffentliche und wissenschaftliche Debatten im heutigen Frankreich auf und führt sie weiter, etwa die Frage nach den langfristigen Konsequenzen, die das nationale Trauma der Niederlage von 1940 auf die außenpolitische Strategie der neuen Eliten nach der Befreiung des Landes gehabt hat. Sie erlaubte im amerikanisch-französischen Verhältnis – auch dies wird plausibel dokumentiert – das hartnäckige Ausspielen innenpolitischer Trümpfe des weltpolitisch Geschwächten gegenüber der neuen Großmacht USA und das Durchsetzen essentieller Sicherheitsziele.

Hüser fordert den Leser mit einem teilweise zu abstrakten Stiel. Die ans Ende seiner Arbeit gestellten Erklärungsmuster der doppelten Deutschlandpolitik, in denen er sehr kenntnisreich die öffentliche Meinung analysiert, stünden zudem besser am Anfang. Ein Stichwortverzeichnis fehlt. Dies sind jedoch Kleinigkeiten. Insgesamt stellt die Arbeit von Dietmar Hüser eine überdurchschnittliche und außergewöhnliche Forschungsleistung dar.

*Hans-Christian Herrmann, Dresden*

Carolyn Woods Eisenberg, *Drawing the Line. The American Decision to Divide Germany, 1944–1949*, Cambridge UP, Cambridge etc. 1996, 522 S., geb., 45 £.

Noch vor zehn Jahren hätte dieses Buch mit seinem provozierenden Untertitel vielleicht außerhalb der historischen Fachwelt Aufsehen erregt und wäre für die Tagespolitik instrumentalisiert worden. Nach Überwindung der deutschen Teilung und dem Ende des Kalten Krieges sind die ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Vorgänge – so ist jedenfalls zu hoffen – mittlerweile aber »nur noch« von akademischem Interesse. Dieses Interesse wird zweifellos vom Titel angestachelt. Bei genauerem Hinsehen erweist es sich, daß Eisenberg in erster Linie eine auf sehr breiter Quellenbasis amerikanischer und britischer Herkunft gestützte und lebendig geschriebene Geschichte der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland zwischen 1944 und 1949 geliefert hat. Besonders geht sie dabei auf die Willensbildung innerhalb der amerikanischen Regierung ein. Dort arbeiteten auf der einen Seite »Liberals« und Reformen aus dem New Deal und der Umgebung von Präsident Franklin Roosevelt, personifiziert anfänglich durch den Finanzminister Henry Morgenthau, und auf der anderen Seite konservative Außenpolitiker sowie in Staats- und Militärpositionen eingerückte Interessenvertreter international agierender amerikanischer Wirtschaftsunternehmen gegeneinander. Die »Liberale« setzten mit starkem moralischen Engagement auf die Entwaffnung, Bestrafung, Entnazifizierung und Niederhaltung Deutschlands auf geringem wirtschaftlichen Niveau als der besten Versicherung gegen ein drittes Aufflackern deutschen Weltmachtstrebens. Die »Konservativen« und Wirtschaftsvertreter hatten schon während des Krieges den wirtschaftlichen